

Meinungs- und Redefreiheit im digitalen Zeitalter
Vortrag vor dem ESFL am 29.10.2016

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich darf mich zunächst ganz herzlich für die Einladung zu Ihrer Konferenz über „Meinungsfreiheit und Demokratie“ bedanken. Ich glaube, Sie haben ein Thema gewählt, das höchst aktuell ist und ich bedanke mich dafür, dass ich in die Konferenz einführen und einige Gedanken dazu beisteuern darf, auch wenn ich kein Experte auf diesem Gebiet bin

Ich möchte 5 Thesen an den Anfang stellen:

1. Das Internet hat das im analogen Zeitalter herrschende Meinungsmonopol des politischen und medialen Establishments aufgehoben und eine Demokratisierung des öffentlichen Diskurses bewirkt.
2. Diese Demokratisierung hat zu einem verschärften Kampf um Definitionsmacht und Deutungshoheit zwischen Establishment einerseits und den sogenannten Populisten andererseits geführt.
3. In diesem Kampf versuchen das Establishment den öffentlichen Diskurs durch Sprachregelungen und Tabus zu reglementieren. Die Populisten reagieren darauf mit Diskursverweigerung oder Radikalisierung der öffentlichen Debatte.
4. Daraus entstehen zunehmend gegenseitige Sprachlosigkeit und die Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung.
5. Um diese Spaltung zu verhindern und eine integrierende Streitkultur zu bewahren, bedarf es **neutraler**, dem digitalen Zeitalter angepasster Spielregeln für den öffentlichen Diskurs. Hierzu möchte ich auf die vom internationalen Netzwerk „Free Speech Debate“ entwickelten 10 Prinzipien für die Meinungs- und Redefreiheit in einer vernetzten Welt hinweisen.

Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze diese Thesen erläutern.

〈1. Aufhebung des Meinungsmonopols durch das Internet〉

Im **analogen Zeitalter** waren die Regeln für den öffentlichen Diskurs klar und einfach:

Jeder konnte zwar seine Meinung frei äußern, aber ihre öffentliche Wirkung war in der Regel sehr begrenzt, denn was in die Öffentlichkeit kam, darüber entschieden die meinungsbildenden Eliten.

Wer über sein unmittelbares privates oder lokales Umfeld in die Öffentlichkeit kommunizieren wollte, war auf die klassischen Medien wie Bücher, Zeitungen, Radio und Fernsehen angewiesen.

Die Inhaber dieser Medien, also Verlage, Zeitungsredaktionen und Rundfunkanstalten waren die „Gatekeeper“ der öffentlichen Kommunikation. Sie entschieden, ob sie ihre Medien für die Verbreitung einer bestimmten Meinung zur Verfügung stellten.

Diese **Gatekeeper-Funktion** wurde ergänzt durch eingespielte Rituale zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Verbänden, die festlegten, wer zur öffentlichen Debatte zugelassen wurde und welche Themen wann öffentlich lanciert wurden.

Diese Filterfunktion der Gatekeeper im öffentlichen Diskurs kann als **diskursive Begrenzung der Meinungsfreiheit** bezeichnet werden.

Diese Begrenzung zu überwinden, war für den Normalbürger im analogen Zeitalter kaum möglich.

Hätten damals Lieschen Müller oder Max Meier aus Hintertupfingen ein Freihandelsabkommen der EU stoppen wollen, dann wären sie in aller Regel mit dieser Meinung nicht über Hintertupfingen hinausgekommen

Im **digitalen Zeitalter** ist diese diskursive Begrenzung durch das Internet aufgehoben worden.

Jeder Bürger kann heute über die digitalen Kanäle zu jedem Thema, zu jeder Zeit, ortsunabhängig und unabhängig von den klassischen Medien einfach, schnell und billig seine Meinung weltweit verbreiten.

Heute ist es tatsächlich möglich, dass eine Flötenlehrerin aus NRW via Internet 190.000 Unterschriften gegen CETA sammeln und damit eine Überprüfung der Zustimmung der Bundesregierung zu diesem Freihandelsabkommen durch das BVerfG erzwingen kann.

Die Aufhebung der diskursiven Begrenzung hat die Meinungs- und Redefreiheit des Einzelnen gestärkt, denn sie hat seine Reichweite, Wahrnehmbarkeit und seine Möglichkeiten zur Einmischung in öffentliche Debatten deutlich erhöht.

Und tatsächlich machen immer mehr Menschen von ihrem Recht auf Meinungs- und Redefreiheit Gebrauch und beteiligen sich am öffentlichen Diskurs.

⟨2. Der Kampf um Definitionsmacht und Deutungshoheit⟩

Die dezentrale, anonyme und nur schwer kontrollierbare Struktur des Internets ermöglicht es, dass Meinungen ungefiltert, ohne Rücksicht auf rechtliche Regeln und soziale Konventionen und ohne Prüfung auf Wahrheitsgehalt verbreitet werden können und dies geschieht auch.

Die Folge: Der öffentliche Diskurs ist breiter und differenzierter geworden, der Ton rauer und die Auseinandersetzungen zwischen Establishment und Volk ungemütlicher und radikaler.

Das hat auch zur Folge, dass die dem Establishment früher ohne weiteres zuerkannte Expertise und Autorität in öffentlichen Angelegenheiten und ihre **Definitionsmacht und Deutungshoheit** wird immer öfter in Frage gestellt wird.

Das gilt selbst in so komplexen und komplizierten Themen, wie zB den Freihandelsabkommen, die früher ohne jegliche Beteiligung der Öffentlichkeit über die Bühne gebracht wurden

⟨3. Bestrebungen zur Reglementierung des öffentlichen Diskurses⟩

Das Establishment reagiert darauf mit dem Versuch, den öffentlichen Diskurs zu reglementieren, um so die Definitionsmacht und Deutungshoheit des von ihm repräsentierten gesellschaftlichen Mainstream zu sichern

Dabei werden vor allem **zwei Handlungsmuster** sichtbar:

Das Erste besteht darin, vom Mainstream abweichende Meinungen öffentlich als unethisch oder unmoralisch zu brandmarken und ihre Vertreter persönlich zu stigmatisieren, um sie so mundtot zu machen.

So wird, wer Fehler in der Flüchtlingspolitik kritisiert, zum Rechtspopulisten, zum Rechtsextremisten oder gar Rassisten erklärt. Wer die Sinnhaftigkeit der Klimapolitik hinterfragt, wird als verantwortungsloser Umweltschädling gebrandmarkt. Wer sich kritisch über den Islam äußert, wird als religiös intolerant gezeißelt und wer auf Fehlentwicklungen der EU hinweist, als nationalistisch und europafeindlich.

Dahinter steht das Bestreben, **Mainstream-Meinungen für alternativlos zu erklären** und ein Klima zu erzeugen, in dem radikale und politisch unkorrekte Meinungen nicht mehr **diskursiv bewältigt müssen**, sondern durch Tabuisierung und Stigmatisierung aus dem öffentlichen Diskurs ausgegrenzt werden können.

Wenn selbst Vertreter der linken Elite, wie der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer inzwischen von „Diskursverboten“ sprechen, dann zeigt das die Dramatik

Das **zweite Handlungsmuster** der Diskursreglementierung sind Sprachregelungen, die zB unter dem Vorzeichen der political-correctness oder des „Gender Mainstream“ erfolgen.

Sie treiben z.T. erstaunliche Blüten, wie jüngst der Antrag der Linksfraktion im Flensburger Stadtrat, Arbeitsgeräte und Büroeinrichtungen geschlechtsneutral zu bezeichnen oder die vor kurzem in Belfast erfolgte Verurteilung eines Bäckerhepaares wegen Diskriminierung von Homosexuellen, weil es sich geweigert hatte, eine Torte mit der Aufschrift „Unterstützt die Homoehe“ zu backen.

Diese Diskursreglementierung ist aus meiner Sicht nichts anderes als eine Form der Zensur, denn sie will freies Denken und Sprechen gängeln!

Sie will keine Kultur der Meinungsvielfalt und eine demokratische Streitkultur, in der kontrovers um die besten Argumente gerungen wird, sondern sie strebt **Meinungsharmonisierung durch Ausgrenzung** bestimmter Themen und Meinungen an.

Das Internet, ursprünglich ein Medium zur Förderung der Meinungs- und Redefreiheit, wird so zum Instrument der Einschränkung der Meinungs- und Redefreiheit, denn ohne diese Plattform könnten weder Tabus, noch Sprechverbote und Stigmata massenwirksam in den öffentlichen Raum lanciert werden.

Nicht erstaunlich ist für mich, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen versuchen, durch diese Diskursregulierung – **ich nenne sie soziale Zensur** - den öffentlichen Diskurs in ihnen genehme Bahnen zu lenken.

Erstaunlich ist für mich vielmehr, wie viele Menschen sich diese **geistige Gängelung und sprachliche Bevormundung** im Wege des vorausseilenden Gehorsams gefallen lassen. Und dies in einem Land, in dem das Recht auf Meinungs- und Redefreiheit durch das Grundgesetz und das BVerfG geschützt wird, wie in keinem anderen Land, mit Ausnahme vielleicht der USA.

Gegen staatliche ebenso wie soziale Zensur und für das Recht auf freie Äußerung auch unpopulärer Meinungen zu kämpfen, ist ein urliberales Anliegen und deshalb finde ich es großartig, dass sich die ESFL dieses Themas annimmt.

⟨4. Gefahr der gesellschaftlichen Spaltung durch Diskursreglementierung⟩

Denn die ungute Seite dieser sozialen Zensur ist, dass eine **Schweigespирale** entsteht, in der sich immer mehr Menschen dem sachlichen und offenen Diskurs über kritische gesellschaftliche Themen entziehen, weil sie für sich unangenehme Konsequenzen befürchten. Dabei geht Vertrauen und Dialogbereitschaft verloren.

Die Gesellschaft spaltet sich, man redet nicht mehr miteinander, sondern nur noch übereinander und es entsteht ein Klima des Misstrauens, aus dem Radikalisierung und Hass erwachsen.

Was ist zu tun?

〈5. Neue Spielregeln für den öffentlichen Diskurs im digitalen Zeitalter〉

Es gilt zunächst zu akzeptieren, dass im digitalen Zeitalter immer mehr und besser informierte Menschen am öffentlichen Diskurs teilnehmen. Die **Meinungshegemonie** des analogen Zeitalters wird ersetzt durch **Meinungsvielfalt** des digitalen Zeitalters.

In dieser Meinungsvielfalt treffen immer mehr und z. T. sehr konträre politische Meinungen, Weltanschauungen, Religionen unmoderiert, ungefiltert und in Echtzeit aufeinander. Die Zahl der **Meinungsunterschiede** wächst und daraus entstehen mehr gesellschaftliche und politische Konflikte, die im öffentlichen Diskurs bewältigt werden müssen. Soll der öffentliche Diskurs als Ausdruck der Meinungs- und Redefreiheit seine Funktion als Instrument der demokratischen Willensbildung und friedlichen Konfliktregelung weiter erfüllen, dann bedarf es einer **Streitkultur, die integrierend und nicht ausgrenzend oder gar spaltend wirkt**.

Dies schließt soziale Zensur durch Diskursverbote ebenso aus wie verbale Aufwiegelung und Radikalisierung durch Hassprediger.

Es gilt deshalb, **neutrale Spielregeln für den öffentlichen Diskurs im digitalen Zeitalter** zu entwickeln, die eine stabile Basis für die Dialogfähigkeit und eine integrierende Streitkultur schaffen.

Solche Spielregeln müssen - wenn sie allgemein akzeptiert werden sollen - in einem breit angelegten **interkulturellen Diskussionsprozess** entwickelt werden, der unterschiedliche politische, religiöse und kulturelle Traditionen und Strömungen verbindet. Das Internet kann dazu eine gute Plattform für diesen Prozess bilden.

Als einen interessanten Versuch in diesem Sinne sehe ich das **Netzwerk freespeechdebate.com**, das in einem weltweiten offenen Dialog 10 Prinzipien der Freien Rede entwickelt hat. Sie sehen sie hier auf diesen beiden Charts.

1. *Wir, dh. alle Menschen, müssen die Freiheit haben und in der Lage sein, ihre Meinung zu äußern, sowie unbehindert durch Grenzen, Informationen und Ideen zu suchen, zu empfangen und zu teilen.*
2. *Wir drohen weder mit Gewalt, noch akzeptieren wir gewaltsame Einschüchterung.*
3. *Wir akzeptieren keine Tabus gegen und nutzen jede Chance für die Verbreitung von Wissen.*
4. *Wir fordern unzensurierte, vielfältige und vertrauenswürdige Medien, die uns ermöglichen, gut informiert zu entscheiden und am politischen Leben teilzunehmen.*
5. *Wir äußern uns offen, jedoch mit ausgesuchter Höflichkeit über alle Formen menschlicher Unterschiede.*

6. *Wir respektieren den Gläubigen, aber nicht notwendigerweise den Inhalt seines Glaubens.*
7. *Wir müssen in der Lage sein, unsere Privatsphäre zu schützen und persönlicher Verleumdung zu begegnen, ohne dass dadurch Untersuchungen verhindert werden, die im öffentlichen Interesse liegen.*
8. *Wir müssen in der Lage sein, alle Schranken des Rechts auf Informationsfreiheit in Frage zu stellen, die mit Gründen wie zB der nationalen Sicherheit gerechtfertigt werden.*
9. *Wir verteidigen das Internet und andere Kommunikationssysteme gegen illegitime Beeinträchtigungen durch öffentliche und private Macht.*
10. *Wir allein entscheiden in unseren eigenen Angelegenheiten und tragen dafür die Konsequenzen.*

Ich denke, diese 10 Prinzipien sind eine gute Basis, um das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und einen konstruktiven öffentlichen Diskurs im digitalen Zeitalter zu sichern. Vielleicht inspirieren sie diese Konferenz. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Konferenz viel Erfolg und lebhaft und spannende Diskussionen